



## **Verwaltung**

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

bis 15.15 Uhr (TOP 8.)

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander

Herr Hans-Jochen Hemsing

als Vertreter des Rechnungsprüfungsamtes

Herr Friedel Giesen-Weirich

als Vertreter des Gesamtpersonalrates

## **Schriftführer**

Herr Michael Rausch

## **Presse**

## **Zuschauer**

- I. Die Verwaltung zieht vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Punkte zurück:

### **5. In die Hpl.- Beratungen verwiesene Beschlussvorlagen**

- 5.3 Wirtschaftswerbung der Stadt Köln durch Köln-Promotion - Darstellung der Aktivitäten in 2010  
2299/2010

- 5.4 Fortführung der KölnTage bei den Museen der Stadt Köln  
4561/2009

### **6. Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung**

- 6.2 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung  
Hier: Aufgabe 324.3 Überwachung fließender Verkehr  
- Einsparvorschlag 1: Neuorganisation und Umstrukturierung der Geschwindigkeitsüberwachung, sowie Erhöhung der Einnahmen durch mehr Personal  
- Einsparvorschlag 2: Ausweitung der stationären Überwachung durch drei zusätzliche Starenkästen  
3760/2010

- 6.4 4. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule der Stadt Köln  
3161/2010

II. Der Finanzausschuss stimmt zu, dass die Tagesordnung um folgende Punkte erweitert wird::

**5. In die Hpl.- Beratungen verwiesene Beschlussvorlagen**

- 5.5 Haushaltsplan-Entwurf 2010  
hier: Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW für das Hj. 2010  
3952/2009
- 5.6 Angebote der Stadtteilbibliothek Neubrück und des Bücherbusses im Stadtbezirk Kalk müssen erhalten bleiben - Stellungnahme der Verwaltung gem. § 40 Abs. 13 GeschO zu einem entsprechenden Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 23.09.2010  
4106/2010

**6. Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung**

- 6.1 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung  
hier: Aufgabe VII/4.1, Einsparvorschlag Nr. 1, Stufenweise Erhöhung Eintrittsgelder inkl. Tages-/Jahreskarten im Rahmen der Aufhebung und Neufassung der Benutzungsordnungen für die Museen und des NS-Dokumentationszentrums  
3173/2010
- 6.3 Weiterführung des Bildungsportals [bildung.koeln.de](http://bildung.koeln.de)  
2564/2010
- 6.5 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung  
Hier: Aufgabe 02.3; Einsparvorschlag Nr. 1; Verzicht auf die Erweiterung des Bürgerservice  
3729/2010

III. Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass folgende - bisher noch nicht auf der Tagesordnung vermerkte Drucksachen - in der heutigen Sitzung behandelt werden:

**7. Bürgerhaushalt 2010 - Umsetzung der Vorschläge**

3696/2010

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Bürgerhaushalt 2010 - Umsetzung der Vorschläge

AN/1791/2010

**8. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2010/2011**

8.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu TOP 8 des Finanzausschusses am 27.09.2010

AN/1783/2010

8.2 Veränderungsnachweis der Fraktion DIE LINKE.Köln zum Doppelhaushalt 2010/11

AN/1781/2010

8.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsjahr 2010

AN/1795/2010

8.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsjahr 2011

AN/1793/2010

8.5 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsjahr 2011, hier Kulturförderabgabe

AN/1794/2010

8.6 Mündlicher Änderungsantrag der FDP-Fraktion betr. Haushaltssatzung 2010/2010

ohne Nummer

**9.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2010/2011  
2995/2010**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln 2010/2011

AN/1786/2010

**9.5 Stellenplan für die Jahre 2010/2011  
3158/2010**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Stellenplan 2010/2011

AN/1787/2010

IV. Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden soll der Tagesordnungspunkt 8.

**Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre  
2010/2011**

nicht wie in der Tagesordnung vorgesehen, sondern nach mit dem Tagesordnungspunkt 3. behandelt werden.

Der Finanzausschuss ist mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden.

**Anmerkung: Die Protokollierung erfolgt in der Reihenfolge der Tagesordnung.**

V. Der Finanzausschuss legt die Tagesordnung wie folgt fest:

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

- 1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2010/2011**
- 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 In die Hpl.- Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
  - 4.1 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend Abschaffung der Zweitwohnungssteuer und Einführung eines Zuzugsbonus für Kölnerinnen und Kölner, die sich mit dem ersten Wohnsitz neu anmelden
  - 4.2 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend Finanzierung Stadtteilzentrum Buchforst
- 5 In die Hpl.- Beratung verwiesene Beschlussvorlagen**
  - 5.1 Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung zur Gewährung von städtischen Zuschüssen zu Baumaßnahmen an Kölner Sportvereine  
3236/2009
  - 5.2 Zuschuss für das Zentrum für Therapeutisches Reiten Köln e.V.  
0214/2010
  - 5.3 Wirtschaftswerbung der Stadt Köln durch Köln-Promotion - Darstellung der Aktivitäten in 2010  
2299/2010
  - 5.4 Fortführung der KölnTage bei den Museen der Stadt Köln  
4561/2009
  - 5.5 Haushaltsplan-Entwurf 2010  
hier: Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW für das Hj. 2010  
3952/2009
  - 5.6 Angebote der Stadtteilbibliothek Neubrück und des Bücherbusses im Stadtbezirk Kalk müssen erhalten bleiben - Stellungnahme der Verwaltung gem. § 40 Abs. 13 GeschO zu einem entsprechenden Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 23.09.2010  
4106/2010

## **6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung**

- 6.1 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung  
hier: Aufgabe VII/4.1, Einsparvorschlag Nr. 1, Stufenweise Erhöhung Eintrittsgelder inkl. Tages-/Jahreskarten im Rahmen der Aufhebung und Neufassung der Benutzungsordnungen für die Museen und des NS-Dokumentationszentrums  
3173/2010
- 6.2 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung  
Hier: Aufgabe 324.3 Überwachung fließender Verkehr  
- Einsparvorschlag 1: Neuorganisation und Umstrukturierung der Geschwindigkeitsüberwachung, sowie Erhöhung der Einnahmen durch mehr Personal  
- Einsparvorschlag 2: Ausweitung der stationären Überwachung durch drei zusätzliche Starenkästen  
3760/2010
- 6.3 Weiterführung des Bildungsportals bildung.koeln.de  
2564/2010
- 6.4 4. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule der Stadt Köln  
3161/2010
- 6.5 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung  
Hier: Aufgabe 02.3; Einsparvorschlag Nr. 1; Verzicht auf die Erweiterung des Bürgerservice  
3729/2010

## **7. Bürgerhaushalt 2010 - Umsetzung der Vorschläge**

3696/2010

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Bürgerhaushalt 2010 - Umsetzung der Vorschläge  
AN/1791/2010

## **8. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2010/2011**

3852/2010

- 8.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu TOP 8 des Finanzausschusses am 27.09.2010  
AN/1783/2010
- 8.2 Veränderungsnachweis der Fraktion DIE LINKE zum Doppelhaushalt 2010/11  
AN/1781/2010
- 8.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsjahr 2010  
AN/1795/2010

- 8.4      Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsjahr 2011  
AN/1793/2010
- 8.5      Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsjahr 2011, hier Kulturförderabgabe  
AN/1794/2010
- 8.6      Mündlicher Änderungsantrag der FDP-Fraktion betr. Haushaltssatzung 2010/2010

## **9      Stellenpläne**

- 9.1      Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2010/2011  
2920/2010
- 9.2.      Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2010/ 2011  
2995/2010  
  
            Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln 2010/2011, Vorlage-Nr. 2995/2010  
AN/1786/2010
- 9.3      Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Jahr 2010/2011  
0548/2010
- 9.4      Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2010 und 2011  
3697/2010
- 9.5.      Stellenplan für die Jahre 2010 / 2011  
3158/2010  
  
            Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Stellenplan 2010/2011, Vorlage-Nr. 3158/2010  
AN/1787/2010

## **10     Mündliche Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2010/2011

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass erstmals nach einer Vielzahl von Jahren keine Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung vorliegen.

### 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

### 3 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

### 4 In die Hpl.- Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

#### 4.1 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend Abschaffung der Zweitwohnungssteuer und Einführung eines Zuzugsbonus für Kölnerinnen und Kölner, die sich mit dem ersten Wohnsitz neu anmelden

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Ratsmitglied Frank weist darauf hin, dass eine Abschaffung dieser Steuer in der derzeitigen Haushaltslage nicht in Betracht kommt und regt an, den Antrag zurückzustellen.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. Die Zweitwohnungssteuer wird zum 31.12.2009 abgeschafft. Die Satzung für die Zweitwohnungssteuer erlischt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Ratssitzung im November 2009 ein repressionsfreies Konzept zur Steigerung der Hauptwohnsitzzahlen zu entwickeln, das auch einen Zuzugsbonus vorsieht. Die Verwaltung soll auch Alternativmodelle zum Zuzugsbonus darstellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Stimme der FDP-Fraktion

#### 4.2 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend Finanzierung Stadtteilzentrum Buchforst

Der Ausschussvorsitzende verweist auf den gemeinsamen Änderungsantrag, durch den der Zweck des Antrages erledigt sei. Insofern beantragt er, diesen als erledigt anzusehen.

#### **Beschluss:**

Der Antrag wird als erledigt angesehen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## **5 In die Hpl.- Beratung verwiesene Beschlussvorlagen**

### **5.1 Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung zur Gewährung von städtischen Zuschüssen zu Baumaßnahmen an Kölner Sportvereine 3236/2009**

#### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 112.300,00 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung, Zeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen, Hj. 2009, zur Gewährung eines städtischen Zuschusses an die St. Sebastianus Schützenbruderschaft Deutz e. V. zur Sanierung des unterirdischen Schießstandes Reitweg, Köln-Deutz.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion

### **5.2 Zuschuss für das Zentrum für Therapeutisches Reiten Köln e.V. 0214/2010**

Der Ausschussvorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt zur Kenntnis, dass das Zentrum für Therapeutisches Reiten Köln e.V. seit seiner Gründung 1990 erfolgreiche therapeutische Arbeit für behinderte und nichtbehinderte Kinder und Jugendliche leistet. Diese Arbeit geht zurück auf eine Überlassung der Reitanlage durch Herrn Dr. h.c. Imhoff, seine Spendenzusage für den Betrieb über umgerechnet rd. 51.000 € und einen zugesagten Zuschuss der Stadt Köln über umgerechnet rd. 25.500 € aus dem Jahre 1990. Die Stollwerk AG und seit 2001 die Imhoff-Stiftung haben ihren Förderungsanteil vervierfacht. Die Stadt Köln hat eine institutionelle Förderung (bis 2006 in Gänze durch die Dormagen-Guffanti-Stiftung) von 25.500 € pro Jahr geleistet.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt zur dauerhaften Sicherung dieser Arbeit, dem Zentrum für Therapeutisches Reiten Köln e.V., Stollwerckstraße 35, 51149 Köln beginnend mit dem Haushaltsjahr 2010 einen jährlichen Zuschuss i.H.v. 25.500 € zu gewähren, sofern eine Förderung durch die Dormagen-Guffanti-Stiftung nicht möglich ist.
3. Die Verwaltung wird beauftragt den Zuschuss im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes in die Finanz- und Ergebnisrechnung aufzunehmen. Die Deckung erfolgt zu Lasten des Gesamthaushaltes.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion

### **5.3 Wirtschaftswerbung der Stadt Köln durch Köln-Promotion - Darstellung der Aktivitäten in 2010 2299/2010**

Diese Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

**5.4 Fortführung der KölnTage bei den Museen der Stadt Köln  
4561/2009**

Diese Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

**5.5 Haushaltsplan-Entwurf 2010  
hier: Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs.  
3 GO NRW für das Hj. 2010  
3952/2009**

**Beschluss:**

Der Rat setzt die Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen alleine entscheiden wie folgt fest:

Für das Hj. 2010 werden die Mittel auf 504.000 Euro festgesetzt.

Von diesem Betrag entfallen auf den Stadtbezirk:

1 Innenstadt	59.600 €
2 Rodenkirchen	51.800 €
3 Lindenthal	63.700 €
4 Ehrenfeld	52.800 €
5 Nippes	55.100 €
6 Chorweiler	45.300 €
7 Porz	54.000 €
8 Kalk	54.600 €
9 Mülheim	67.100 €

Im Zusammenhang mit dem Beratungsverfahren nach § 37 Abs 4 GO NRW entscheiden die Bezirksvertretungen über die Verwendung der Mittel. Die Zweckbestimmung muss hinreichend bestimmt sein. Pauschale Festlegungen sind nicht möglich.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion

**5.6 Angebote der Stadtteilbibliothek Neubrück und des Bücherbusses im  
Stadtbezirk Kalk müssen erhalten bleiben - Stellungnahme der Verwaltung  
gem. § 40 Abs. 13 GeschO zu einem entsprechenden Beschluss der  
Bezirksvertretung Kalk vom 23.09.2010  
4106/2010**

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass diese Beschlussvorlage durch die Änderungsanträge zum Haushalt hinfällig wird.

Daraufhin zieht die Verwaltung die Vorlage zurück.

## **6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung**

### **6.1 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung**

**hier: Aufgabe VII/4.1, Einsparvorschlag Nr. 1, Stufenweise Erhöhung Eintrittsgelder inkl. Tages-/Jahreskarten im Rahmen der Aufhebung und Neufassung der Benutzungsordnungen für die Museen und des NS-Dokumentationszentrums  
3173/2010**

Ratsmitglied Frank beantragt, den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu ergänzen:

„Der Ratsbeschluss vom 28.08.2008 zu „KölnTage der Museen“ wird bezogen auf o.a. Vorlage in Hinsicht auf Ziffer II aufrechterhalten und ersetzt die Ausführungen in o. a. Verwaltungsvorlage;

Ziffer II lautet:

„Generell freien Eintritt in den ständigen Sammlungen auszuweiten auf unter-18-jährige Kölner/innen, Schüler/innen, KölnPass-Inhaber/innen und Besucher/innen aus Köln am Tage ihres Geburtstages“.

Im Übrigen gelten die Rahmenbedingungen des damaligen Ratsbeschlusses für die Durchführung der „KölnTage ...“ auf Finanzierungsbasis des hier vorliegenden SPD/GRÜNE-VN weiter.

#### **Beschluss gemäß Änderungsantrag:**

Der Rat beschließt

- die Aufhebung der Benutzungsordnung der Museen der Stadt Köln vom 25.07.1967, zuletzt geändert in der Fassung vom 22.05.2003 (Amtsblatt der Stadt Köln Nr. 32, Seite 365).
- die Aufhebung der Entgelt- und Benutzungsordnung für das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln vom 18. März 2003 (Amtsblatt der Stadt Köln Nr. 18, Seite 205 ff).
- Gleichzeitig beschließt er die Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Museen der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 2) mit folgender Maßgabe:  
„Der Ratsbeschluss vom 28.08.2008 zu „KölnTage der Museen“ wird bezogen auf o.a. Vorlage in Hinsicht auf Ziffer II aufrechterhalten und ersetzt die Ausführungen in o. a. Verwaltungsvorlage;

Ziffer II lautet:

„Generell freien Eintritt in den ständigen Sammlungen auszuweiten auf unter 18-jährige Kölner/innen, Schüler/innen; KölnPass-Inhaber/innen und Besucher/innen aus Köln am Tage ihres Geburtstages“.

Im Übrigen gelten die Rahmenbedingungen des damaligen Ratsbeschlusses für die Durchführung der „KölnTage ...“ auf Finanzierungsbasis des hier vorliegenden SPD/GRÜNE-VN weiter.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

- 6.2 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung**  
**Hier: Aufgabe 324.3 Überwachung fließender Verkehr**  
**- Einsparvorschlag 1: Neuorganisation und Umstrukturierung der Geschwindigkeitsüberwachung, sowie Erhöhung der Einnahmen durch mehr Personal**  
**- Einsparvorschlag 2: Ausweitung der stationären Überwachung durch drei zusätzliche Starenkästen**  
**3760/2010**

Diese Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

- 6.3 Weiterführung des Bildungsportals bildung.koeln.de**  
**2564/2010**

Die Verwaltung schlägt vor, die Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

**Beschluss:**

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

- 6.4 4. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule der Stadt Köln**  
**3161/2010**

Diese Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

- 6.5 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung**  
**Hier: Aufgabe 02.3; Einsparvorschlag Nr. 1; Verzicht auf die Erweiterung des Bürgerservice**  
**3729/2010**

Die Verwaltung teilt mit, dass diese Vorlage überarbeitet werde und zieht diese zurück.

**7 Bürgerhaushalt 2010 - Umsetzung der Vorschläge  
3696/2010**

**Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen betr. Bürgerhaushalt 2010 - Umsetzung der Vor-  
schläge  
AN/1791/2010**

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass zu diesem Punkt ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorliegt. In einer Anlage hierzu würden die im Veränderungsnachweis zum Haushalt enthaltenen Vorschläge nochmals aufgeführt. Alle hierin nicht enthaltenen Punkte müssten einer erneuten Beurteilung durch die Verwaltung unterzogen und mit einem Deckungsvorschlag zur Entscheidung vorgelegt werden.

Ratsmitglied Frank verdeutlicht, dass hierdurch der Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Bürgerhaushalt ersetzt werden solle.

Ratsmitglied Klipper spricht sich für die Beibehaltung des ursprünglichen Verwaltungsvorschlages aus.

Ratsmitglied Breite bittet um die Möglichkeit einer Prüfung und Bewertung des Änderungsantrages.

Ratsmitglied Klipper beantragt die Beschlussfassung zurückzustellen.

**Beschluss:**

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushalts-  
jahre 2010/2011  
3852/2010**

**8.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu TOP 8 des Finanzausschusses  
am 27.09.2010  
AN/1783/2010**

**8.2 Veränderungsnachweis der Fraktion DIE LINKE zum Doppelhaushalt  
2010/11  
AN/1781/2010**

**8.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsjahr 2010  
AN/1795/2010**

- 8.4      Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsjahr 2011  
AN/1793/2010**
- 8.5      Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsjahr 2011,  
hier Kulturförderabgabe  
AN/1794/2010**
- 8.6      Mündlicher Änderungsantrag der FDP-Fraktion betr. Haushaltssatzung 2010/2010**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und beginnt die Aussprache mit einigen allgemeinen Anmerkungen zur finanziellen Lage der Stadt Köln und dem vom Oberbürgermeister vorgelegten Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2010 und 2011. Eine Analyse der Finanzlage zeige deutlich, dass sich Köln seit 2009 in der schwersten Haushaltskrise der Nachkriegszeit befinde. Dies stelle eine Ausgangssituation dar, welche ungünstiger kaum denkbar sei. Auf Grundlage des bereits mit vielen Einsparvorschlägen versehenen Haushaltsplanentwurfes der Verwaltung sei bis zum Jahr 2014 ein Eigenkapitalverzehr in Höhe von mehr als 1,3 Mrd. Euro zu erwarten. Ungeachtet aller noch folgenden Änderungswünsche seitens der Fraktionen, bleibe es bei der gemeinsamen Herausforderung an Rat, Verwaltung und Bürgerschaft diese Verluste wieder aufzufangen. Der bereits mit Vorsicht und Augenmaß kalkulierte Entwurf der Verwaltung zeige, dass frühestens ab 2014 mit einem positiven Ergebnis gerechnet werden könne. Über die Gründe für diese Verluste sei des Öfteren diskutiert worden. Diese basierten sowohl auf externen Faktoren, wie der weltweiten Finanzkrise, als auch auf strukturellen Ungleichheiten. Das Finanzsystem zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sei erkennbar nicht in Ordnung. Darüber hinaus wurden Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne für einen ausreichenden finanziellen Ausgleich zu sorgen. Hier bedürfe es dringend einer Gemeindefinanzreform, welche neben einer Rücknahme von Belastungen auch einen breiteren Kreis von Gewerbesteuerpflichtigen beinhalten müsse. Unter Beachtung all dieser Gegebenheiten müsse nun über den Entwurf des Haushaltsplanes beraten werden. In diesem Zusammenhang danke er der Verwaltung, dass diese in der schwierigen Lage einen internen Dialog eingeleitet und diesen auch mit der Bürgerschaft geführt habe. Dies habe die Möglichkeit geschaffen gemeinsam Überlegungen anzustellen, wie und auf welcher Ebene mit den Problemen umgegangen werden könne. Ein besonderer Dank gehe an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei sowie den kommissarischen Kämmerer Herrn Stadtdirektor Kahlen und sein Team. Die nunmehr vorliegende Beratungsgrundlage stelle ein akzeptables Ergebnis für die weiteren Beratungen dar. So habe es noch nach den Vorschlägen der Task-Force weitere Anpassungen durch die Verwaltung gegeben, um beispielsweise im Dezernat für Bildung, Jugend und Sport eine bessere Balance und einen verbesserten Ausgleich herzustellen. Er hoffe, dass diese Vorgehensweise von allen Beteiligten entsprechend gewürdigt werde. Das annehmbare Ergebnis beziehe sich auch auf den politisch nicht unumstrittenen Vorschlag nach einer Anpassung der Gewerbesteuer von 450 auf 475 Punkte. Hierfür seien drei Gründe ausschlaggebend. Erstens sei die Höhe dieser Steuer seit 22 Jahren unverändert geblieben. Vor diesem Hintergrund könne die vorgesehene Erhöhung um 5,6 % als maßvoll und vertretbar angesehen werden. Zweitens wäre als Alternative hierzu nur eine weitere Sparwelle möglich, welche unabänderliche Einschnitte in Strukturen zur Folge gehabt hätte. Drittens stehe nach den Veränderungsnachweisen aller Fraktionen fest, dass es keinen Bereich ohne einen Konsolidierungsbeitrag gebe. Insofern erscheine es nur recht und billig, seitens der örtlichen Wirtschaft ebenfalls einen entsprechenden Beitrag zu leisten.

Nachfolgend leitet der Ausschussvorsitzende auf den inhaltlichen Teil über und weist darauf hin, dass mit den Änderungsanträgen der jeweiligen Fraktionen zum Entwurf der Haushaltssatzung unterschiedliche politische Signale gesetzt werden. Die Verwaltung werde gebeten, die eventuell hieraus resultierenden Beschlüsse bis zu einer Beschlussfassung im Rat in eine finanz- und ergebnisplantaugliche Form zu bringen. Mit den drei gemeinsamen Änderungsan-

trägen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Entwurf der Haushaltssatzung würden zwei besondere Leitlinien verfolgt, nämlich einen nachhaltigen und sozial gerechten Haushalt zu verabschieden. Um diesem Gedanken Rechnung zu tragen, seien die Schwerpunkte in den drei einzelnen Änderungsvorschlägen auf den Ausbau und den Erhalt des Infrastrukturvermögens, das Erscheinungsbild dieser Stadt, die Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie die Unterstützung der freien Kulturszene gelegt worden. Der Veränderungsnachweis für das Jahr 2010 enthalte zunächst eine relativ geringe Entlastung der freien Szene zur Abfederung von existenzbedrohenden Kürzungen. Finanziell bedeutsamer seien die Zusetzungen im Bereich Verkehr, Soziales, Stadtentwicklung und Grün. Hierbei handele es sich um eine Abmilderung der Kürzungen im Bereich der Straßenunterhaltung und der Sanierung von Radwegen durch die Zusetzung von etwa 2,5 Mio. Euro. Nach dem Beschluss über eine Prioritätenliste im Sozialausschuss sollen für den Abriss eines Übergangswohnheimes und die Errichtung eines neuen öffentlich geförderten Wohnhauses zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Ein besonderes Augenmerk werde auch auf die Verbesserung des Domumfeldes gerichtet. Hier habe man sich entschieden, die von der Verwaltung alternativ vorgeschlagene große Lösung mit Kosten von rd. 19 Mio. Euro zu realisieren und dafür weitere 3,1 Mio. Euro zur Deckung bereitzustellen. In diesem Zusammenhang werde ein Haushaltsvermerk vorgeschlagen, welcher sicherstellen solle, dass sich die aus dem Veränderungsnachweis ergebenden Finanzmittel wieder für den Masterplan zur Verfügung stehen. Als weitere Maßnahme solle mit der dringend notwendigen Sanierung des Tropenhauses in der Flora begonnen werden. Hierfür sei allerdings auch eine zusätzliche private Initiative erforderlich. Zur Deckung dieser Mehrausgaben solle die einmalige Erstattung des Landes aus dem Nachteilsausgleich für die Wohngeldersparnis herangezogen werden.

Der Veränderungsnachweis für das Jahr 2011 stelle eine Investition in verschiedene Bildungsprojekte dar. Ferner solle die Betreuung der unter Dreijährigen verbessert werden, damit die angestrebte Bedarfsquote von 40 Prozent schneller erreicht werden könne. Die freie Szene werde durch eine weitere Zusetzung von 1 Mio. Euro entlastet, um die Kürzungen zu marginalisieren. Darüber hinaus gehe er davon aus, dass der vom Rat eingeführte „Kölntag“ bei den städtischen Einrichtungen weitergeführt werde und die von der Task-Force vorgesehene Einsparsumme weiter zur Verfügung stehe. In diesem Zusammenhang erwarte er, dass allen Museen die hieraus resultierenden Einnahmeausfälle ersetzt würden. Auch in 2011 solle eine verbesserte Mittelausstattung für die Unterhaltung sowie Sanierung von Straßen und Radwegen bzw. die Verbesserung des Verkehrsflusses erfolgen. Der letzte Veränderungsnachweis beziehe sich auf die Kulturförderabgabe. Diese könne voraussichtlich ab Anfang November 2010 erhoben werden. Für das Jahr 2011 würden nach sehr konservativer Schätzung Einnahmen von etwa 7 Mio. Euro erwartet. Obwohl diese Einnahme keiner Zweckbindung unterliege, hielten es die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für sinnvoll, die Mittelverwendung aus dieser Abgabe transparent zu machen. Daher würden die verschiedenen Themenbereiche separat in einem eigenen Veränderungsnachweis ausgewiesen. Durch die Einnahmen solle sichergestellt werden, dass sowohl die Busbibliothek als auch die Stadtteilbibliotheken erhalten bleiben. Außerdem könne der Medienetat teilweise wieder aufgestockt und benutzerorientierte Öffnungszeiten geschaffen werden. Der Ausschussvorsitzende verbindet seine Ausführungen zur Stadtbibliothek mit dem Hinweis, dass er hohen Respekt vor dem Umgang dieser Einrichtung mit den Kürzungsvorschlägen und den konstruktiven Bemühungen zur eigenen Schwerpunktsetzung habe. Die nunmehr vorgesehenen Zusetzungen seien als Signal für diese Mitwirkungen anzusehen. Auch mit der Verwendung von Einnahmen aus der Kulturförderabgabe für die Akademie der Künste, die Rücknahme der geplanten Gebührenerhöhung Rheinische Musikschule und die kulturelle Bildung werde dem Schwerpunkt Kinder, Jugend, Familie und Bildung entsprochen.

Damit die Einführung dieser Abgabe auch der Wirtschaft zugute komme, werde der Ansatz für Standortmarketing, Wirtschaftsförderung, etc. um 700.000 Euro erhöht. Besonders ärgerlich sei für ihn der Umstand, dass die verwaltungsinternen Einsparüberlegungen bereits zu Auswirkungen im Erscheinungsbild dieser Stadt geführt hätten. Dies zeige sich an fehlenden Baum- und Beetbepflanzungen vor öffentlichen Gebäuden oder Bauwerken. Hier sei eine Änderung durch Einführung eines „Stadtklima- und Verschönerungsprogrammes“ für Bäume/Schmuckbeete, Brunnen und Gewässer erforderlich. Ähnliches gelte für die Renovierung von Museen und Kulturbauten. Hierfür sollten ebenfalls Mittel zugesetzt werden.

Als letztes werde der Bereich der Städtepartnerschaften durch einen Austausch mit anderen Städten an einem Partnerschaftstag intensiviert.

Diese Punkte des gemeinsamen Änderungsantrages sollen ein Beleg dafür sein, dass die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nachhaltig und gerecht mit der schwierigen Situation umgehen.

Ratsmitglied Klipper führt für die CDU-Fraktion aus, dass diese einen anderen Ansatz für den Haushaltsplan der Jahre 2010/2011 gewählt habe. Er sei ein wenig enttäuscht über die Art und Weise in der dieser Haushalt von Kämmerer und Oberbürgermeister dem Rat vorgelegt wurde. Nach der Einbringung des Haushaltes vor der Sommerpause wurde für Ende August bzw. Anfang September die Vorlage eines Veränderungsnachweises in Aussicht gestellt. Auch die nachfolgenden Unterlagen seien zeitlich verspätet vorgelegt worden. Mit einem solchen Verfahren könne er sich nicht einverstanden erklären, da hierdurch keine ausreichende Zeit für eine Auswertung der Unterlagen durch die Mitglieder des Rates und die Mitarbeiter in den Fraktionen zur Verfügung stehe. Darüber hinaus werde eine derartige Vorgehensweise dieser schwierigen Haushaltslage nicht gerecht. Der im Sommer vorgelegte Haushaltsentwurf sei einen Vermögensverlust von 1,6 Mrd. Euro für die gesamte Periode aus. Angesichts dieser Größenordnung sei es außerordentlich schwierig über einen Haushalt und dessen möglichen Ausgleich zu beraten. Bereits durch die Rücknahme des ursprünglichen Entwurfes für 2010 und die Entscheidung für einen Doppelhaushalt sei eine Chance für strukturelle Änderungen im laufenden Jahr vertan worden. Vor dem Hintergrund der noch ausstehenden Genehmigung durch die Bezirksregierung könne das Jahr inzwischen als abgelaufen angesehen werden.

Bezüglich der allgemeinen Rahmenbedingungen zum Haushalt stellt er fest, dass auch seine Fraktion Wert auf die Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes bis zum Jahr 2014 lege. Außerdem dürfe kein Vermögensverzehr durch konsumtive Ausgaben stattfinden. Dies bedeute, dass der Fokus auf Einsparungen innerhalb der Verwaltung (z.B. im internen Personalbereich mit Ausnahme von Sonderfunktionen) gerichtet werden müsse. Ein Vergleich mit anderen Städten ergebe sehr unterschiedliche Personalanteile, so dass ein Benchmarking auf dem Stand des Jahres 2010 unbedingt erforderlich sei. Denkbar sei zudem die Vielzahl übergreifender Arbeitsgemeinschaften zu reduzieren, um unnötige Doppelarbeiten zu reduzieren. Auf diesen Punkt werde er später nochmals gesondert eingehen. Bedenklich sei für ihn auch, dass bei diesem Haushaltsentwurf einzelne Risiken unberücksichtigt geblieben sind. Ein transparenter Haushalt erfordere die Einbeziehung aller möglichen Risiken und die hieraus zu erwartenden Belastungen. Demgegenüber sehe er die Schätzungen für das Gewerbesteuererwerb der Jahre 2012 bis 2014 als zu optimistisch an. Ein Abweichen von der hier prognostizierten Wirtschaftsentwicklung führe zu einem Wegfall von Einnahmen bei einem unverändert weiterbestehenden Ausgabenbedarf. Insofern stehe die mittelfristige Finanzplanung auf einem sehr dünnen Fundament. Aus diesem Grunde sei er mit der Darstellung des Haushaltes nicht einverstanden. Er halte es eher für dringend erforderlich, ab dem Jahr 2011 Einsparungen vorzunehmen. Bezüglich der angestrebten Erhöhung der Gewerbesteuer müsse er feststellen, dass diese in der Vergangenheit bewusst vermieden wurde, weil diese Position Sicherheit geschaffen habe und ein Mittel zur Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung sei. Außerdem ergebe ein Vergleich der derzeitigen Hebesätze in der Region eine Verschlechterung gegenüber den Umlandgemeinden. Köln werde zu einer der Städte in Nordrhein-Westfalen mit dem höchsten Gewerbesteuersatz. Ein derartiges Vorhaben sei nicht wirtschaftsfreundlich. Ein weiterer Grund für die ablehnende Haltung seiner Fraktion an einer Erhöhung der Gewerbesteuer liege in dem Umstand, die hieraus erzielten Einnahmen für konsumtive Ausgaben zu verwenden. Hier sei es angebracht in den Standort und die Zukunft der Stadt zu investieren. Dafür müsse der Konsum zurückgefahren werden, um die freiwerdenden Gelder entsprechend verwenden zu können. Erschwerend komme hinzu, dass der vorliegende Entwurf des Haushaltsplanes 2010/2011 eine Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage um 489 Mio. Euro vorsehe. Unter Einbeziehung der Ausgleichsrücklage summiere sich dieser Betrag auf ca. 1,1 Mrd. Euro. Dieser Vermögensverzehr werde den nachfolgenden Generationen aufgebürdet. Unter diesen Gegebenheiten habe sich seine Fraktion eindeutig gegen eine Erhöhung der Gewerbesteuer, für eine Stärkung der Wirtschaftskraft sowie Einsparungen in der allgemeinen Verwaltung (mit Ausnahme des Bildungs- und Jugendbereiches sowie der

Pflichtaufgaben) ausgesprochen. Somit müsse der vorliegende Haushaltsentwurf abgelehnt werden.

In seinen Ausführungen zur Haushaltssatzung knüpft Ratsmitglied Frank an die Aussagen seines Vorredners an. In diesem Zusammenhang dürfe nicht unerwähnt bleiben, dass die außerordentlich schwierige Finanzlage der Stadt Köln und anderer Großstädte im Wesentlichen auf externe Faktoren zurückzuführen ist. Diesem Umstand könne man sich nicht entziehen. Inzwischen hätten die Effekte aus den Steuerreformen der jetzigen Bundesregierung dazu geführt, dass die Auswirkungen aus der Finanzkrise eingeholt würden. Hierdurch sei die Einnahmeminderung für die öffentlichen Haushalte, insbesondere bei den Kommunen noch zusätzlich belastet worden. Dies sei am Beispiel der Stadt Köln auch durch eine Mitteilung der Verwaltung über die Belastung des Haushaltes durch Entscheidungen des Landes NW in Höhe von rd. 160 Mio. Euro deutlich geworden. Diese zusätzliche Belastung habe zur Verschärfung des Deltas zwischen den Einnahmen und den Ausgaben für die Aufgabenerledigung beigetragen. Hinzu kämen weitere den Haushalt belastende Risiken, wie beispielsweise die Sanierung der Bühnen oder die Belastungen durch die Koelnmesse bzw. die Sparkasse KölnBonn. Die Berücksichtigung aller möglichen Risiken bei der Haushaltsplanung führe dazu, dass durch die prognostizierten Fehlbeträge die allgemeine Rücklage belastet werde. Hier müsse sichergestellt werden, dass deren Entnahme in zwei aufeinanderfolgenden Jahren die Marke von 5 Prozent nicht übersteige. Diese Erfordernis sei für das Jahr 2011 nur sehr schwer zu erreichen und eine der Begründungen für die Notwendigkeit der Gewerbesteuererhöhung. Eine andere Möglichkeit ergebe sich nur durch weitere Einsparungen in einem noch viel höheren Maße, etwa durch die Schließung von Jugendzentren oder die Reduzierung von Betreuungsangeboten. Um diese Einschnitte zu vermeiden, bedürfe es aber einer soliden Gegenfinanzierung. Insofern stelle der Schritt zu einer Gewerbesteuererhöhung die derzeit einzig kalkulierbare Alternative dar. Was die von Ratsmitglied Klipper angedeuteten Einsparmöglichkeiten betreffe, habe die Verwaltung diese zum Teil bereits in einem Veränderungsnachweis unterbreitet. Die zu erwartenden Einsparungen seien nur noch in einem überschaubaren Maß zu variieren. Insofern bezweifele er, dass es durch weitere Personalbewirtschaftung gelinge merkliche Einsparungen zu erzielen. Zudem bestehe auch eine große Erwartungshaltung von Rat, Bürgerschaft, Unternehmen und Institutionen an das Leistungsspektrum in dieser Verwaltung. Dieser Zielkonflikt müsse stets beachtet werden. Bei näherer Betrachtungsweise komme er zu dem Schluss, dass die Umsetzung der vorgesehenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen kritisch überprüft und begleitet werden müssen. Ebenso sei ein ständiger Dialog zwischen dem Stadtdirektor und den Fachdezernaten erforderlich. Insofern scheide dieser Bereich für eine Sanierung des Haushaltes in einem größeren Umfang aus.

Auch wenn es durch den gemeinsamen Änderungsantrag gelinge, bestimmte Einsparungen abzufedern, habe sich die gesamte Situation dadurch nicht entspannt. Dies werde besonders durch den fünften Veränderungsnachweis deutlich. Zwischenzeitlich habe die Verwaltung einem Auftrag des Hauptausschusses aus dem Juli 2010 entsprochen und die im Haushalt vorgesehenen Einsparungen und Kürzungen nochmals mit sehr viel Akribie und Kreativität einer kritischen Überprüfung unterzogen. In den entscheidenden Leistungsbereichen wie Jugendhilfe und Soziales sei inzwischen eine Situation geschaffen worden, in der die Kürzungen deutlich abgemindert bzw. ausdifferenziert wurden. Damit werde ein Beitrag zum Erhalt des sozialen Netzes in Köln geleistet. Ferner erleichtere dies die Fortsetzung der Arbeit durch die freie Trägerschaft und die Erbringung eines vernünftigen Leistungsspektrums. Auf dieser Basis müsse nun weiter daran gearbeitet werden, wesentliche Aufgaben in den Bereichen Bildung und Jugend aufrechtzuerhalten und trotz der Krise zu investieren und Vermögen zu erhalten bzw. einen Vermögensverzehr zu minimieren. Ein weiterer Schwerpunkt werde bei der kulturellen Bildung gesetzt, in dem die Möglichkeiten der Kulturförderabgabe genutzt werden sollen. Dies ermögliche die weitere Förderung bei Kindern und Jugendlichen bzw. eröffne bildungsfernen Schichten die Möglichkeit am kulturellen Leben oder einer Fortbildung teilzunehmen.

Zudem würde die Schulabschluss- und Beschäftigungsförderung auf kommunaler Seite beibehalten. Im Resultat versuche der gemeinsame Änderungsantrag das soziale Netz aufrecht zu erhalten und im Bereich der Bildung die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Fer-

ner greife er eine Reihe von Vorschlägen aus der Bürgerbeteiligung auf. In der vorherrschenden Situation sei es von besonderer Bedeutung in einem Dialog Verständnis für die finanzpolitischen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund würde er es begrüßen, wenn die Bemühungen zum Aufstellen des Haushaltes für die Jahre 2010/2011 und die Vermeidung von gravierenden Einschnitten den anderen Parteien anerkannt und mitgetragen werden. Zugleich hoffe er, dass die künftige Lage den Verzicht auf weitere Einschnitte ermögliche.

Ratsmitglied Breite setzt sich kritisch mit der bereits vorgenommenen Rücknahme von Kürzungen durch die Verwaltung und der nunmehr durch die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Mittelverteilung auseinander. In der derzeit schwierigen Haushaltssituation stelle sich der FDP-Fraktion die Frage, wie derartige Vorhaben finanziert werden sollen. Ursprünglich sei das mutige Ziel verfolgt worden, dass strukturelle Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben in einem Zeitraum von 10 Jahren abzubauen. Er bedauert, dass man von diesem Weg inzwischen ein wenig abgekommen ist. Des Weiteren seien aus diesem Haushalt der nach wie vor bestehende Konsolidierungsdruck und die Notwendigkeit zur Einleitung von Schritten erkennbar. Er hoffe daher, dass eventuelle Zusatzeinnahmen für den Abbau dieses Defizits genutzt werden. Daher falle ihm besonders auf, dass die einmalige Erstattung des Landes für die Wohngeldersparnis hierfür nicht verwendet werden solle. Dem vorliegenden gemeinsamen Änderungsantrag zur Kulturförderabgabe für das Jahr 2011 könne er nicht zustimmen. Zwar halte er die aufgeführten Zusetzungen für begrüßenswert, es fehle jedoch an einem Vorhandensein der Mittel. Hier werde ein Vorschlag unterbreitet, ohne dass bekannt sei, ob und in welcher Höhe hieraus Einnahmen zu erwarten sind. Dieser Finanzierungsvorschlag sei zum jetzigen Zeitpunkt keinesfalls als seriös anzusehen. Was den Änderungsvorschlag seiner Fraktion betreffe, so beziehe sich dieser auf den § 6 der Haushaltssatzung und die Streichung der vorgesehenen Gewerbesteuererhöhung. Hierzu habe Ratsmitglied Klipper bereits eindeutig Stellung bezogen. Er bedauere, dass die jahrelange Position bezüglich eines konstanten Hebesatzes nunmehr aufgegeben werde. Die nunmehr beabsichtigte Erhöhung bringe Köln auf einen der Spitzenplätze und werde zu Nachteilen im Wettbewerb mit anderen Städten und Regionen führen. Auch unter standortpolitischen Erwägungen halte er dies für falsch. Bei den Erläuterungen des gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sei unerwähnt geblieben, welcher Bereich zu den eindeutigen Verlierern gehöre. Der Unterstützung der freien Szene stünden nämlich die hohen Kürzungen für die Bühnen der Stadt Köln entgegen. Dies bedürfe einer gesonderten Betrachtung, da hiervon auch Auswirkungen auf die personelle Ausstattung zu befürchten seien. Hier habe er eine andere Vorgehensweise erwartet.

Ratsmitglied Ludwig weist darauf hin, dass die vorliegenden Veränderungsnachweise zum Ausdruck bringen, wie lohnend Proteste von Initiativen und Betroffenen sein können. Dieser öffentliche Druck habe die Verwaltung und die etablierten Parteien vor massiven Kürzungen bewahrt bzw. deren teilweise Rücknahme ermöglicht. Er begrüße dieses Ergebnis. Trotzdem teile seine Fraktion nicht die vom Ausschussvorsitzenden und Ratsmitglied Frank vertretene Auffassung, dass es sich um einen sozial ausgewogenen Haushalt handle. Hier würden auch weiterhin Strukturen stark angeschlagen. In den letzten Jahren habe weder die freie Kultur noch der Sozialhaushalt aus dem Vollen schöpfen können. So habe es bei den Gruppen und Initiativen eine Reihe von Kürzungen gegeben, so dass diese bereits am Limit gearbeitet hätten. Nun kämen weitere einzelne Kürzungen auf diese Bereiche zu, was zu einer Verschlechterung des Angebotes und zu einem Wegfall von befristeten Stellen führe. Auch unter Berücksichtigung der vorgenommenen Umschichtungen, bleibe es daher bei einem Kürzungshaushalt. Da seine seiner Fraktion diesen ablehne, enthalte ihr Änderungsantrag Vorschläge zur Rücknahme der Kürzungen. Zudem glaube er nicht, dass das auf 10 Jahre angelegte Konsolidierungskonzept der Stadt erfolgreich sein werde. Hier werde über Jahre eine Kostenreduzierung und Aufgabenabbau festgeschrieben, so dass jede zusätzliche Planänderung (z.B. durch Risiken) weitere massive Kürzungen nach sich ziehe. Dadurch werde die Problematik einer Abwälzung der Kosten auf die Kommunen nach unten weiter gegeben, ohne dass sich an deren Unterfinanzierung etwas ändere. Angesichts der leeren öffentlichen Kassen sei eine noch deutlichere Erhöhung der Gewerbesteuer auf 490 Punkte erforderlich,

da diese das einzige Steuerungsinstrument für die Kommunen darstelle. Zudem müssten Schritte in Bezug auf eine grundlegend bessere Finanzausstattung und einen Verzicht auf die Kürzung sämtlicher Sozialleistungen sowie die Erhöhung von Gebühren eingeleitet werden. Ferner solle auf die Erhebung der Zweitwohnungssteuer verzichtet werden. Die Stadt Köln könne ebenfalls noch einen Beitrag zur Entlastung des Haushaltes erbringen, in dem die anstehenden Ausgaben für Prestige- und Großprojekte einer genaueren Beobachtung unterzogen würden.

Stadtdirektor Kahlen nimmt die bisherige Aussprache zum Anlass um nochmals auf die vorgebrachten Bedenken einzugehen und regt an, die bisherigen Positionen bis zur Beschlussfassung im Rat nochmals zu überdenken. In der Vergangenheit sei der Haushalt stets von einer breiten Mehrheit getragen worden. Auch in diesem Haushalt fänden sich die heute angesprochenen Ziele wieder. Diese Vorlage zum Haushaltsplan mache deutlich, dass nicht nur Einnahmeerhöhungen vorgenommen würden, sondern ebenso kritisch mit den Aufgaben umgegangen werde. Insofern ergeben sich hieraus zwei wesentliche Haushaltsbegleitbeschlüsse. Erstens werde dem Rat empfohlen, unterjährig auftretende Verbesserungen grundsätzlich nicht zu einer Finanzierung neuer Daueraufgaben, sondern für die allgemeine Rücklage, den Schuldenabbau und zur Substanzunterhaltung zu verwenden. Dieser Passus decke alle vorhin angesprochenen Punkte ab. Mit dieser Selbstverpflichtung werde den Zielen entsprochen. Dies gelte auch für den zweiten Beschluss zum Aufgaben- und Standardabbau sowie zur Personalbewirtschaftung. In den Erläuterungen zu der Beschlussvorlage habe die Verwaltung darauf hingewiesen, dass bis zum Jahr 2014 von einem Vermögensverzehr in Höhe von 1,1 Mrd. Euro ausgegangen werden müsse. Zudem werde deutlich, dass durch einen Aufgaben- und Standardabbau eine Aufwandsreduzierung von 40 Mio. Euro erzielt werden solle. Dieser Konsolidierungskurs sei unter diesen Gegebenheiten alternativlos.

Des Weiteren müsse er herausstellen, dass die Verwaltung ausdrücklich darauf verzichtet habe, geplante Investitionsvorhaben zurückzustellen oder zu streichen. Aus den Erfahrungen habe sich gezeigt, dass derartige Investitionen notwendig sind.

Die Deckelung der Personalkosten auf einen Stand von 734 Mio. Euro sei ein sehr ambitioniertes Ziel. Es beinhalte einen kompletten Kurswechsel, da Zuwächse auf der Einnahmenseite nicht mehr zur Finanzierung herangezogen würden. Damit sei die Aufgabe verbunden, künftig mehr Personal aus den vorhandenen Ressourcen zu finanzieren. Dies bedeute, dass auch künftige Tarifsteigerungen aus dem Bestand finanziert werden müssten. Der Konsolidierungskurs basiere auf den drei Instrumenten Aufgabenabbau, Standardreduzierung und Steigerung der Einnahmen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Optimierung der Geschäftsprozesse, welche arbeitsteilig im Städteverbund erfolgen solle und daher nicht kurzfristig umsetzbar sei.

In diese Überlegungen würden ferner bestimmte verwaltungsinterne Entscheidungen (z.B. Vergaben) einbezogen. Zudem habe man eine Wiederbesetzungssperre und eine modifizierte Strategie für die Ausbildung angedacht. An das weitere Verfahren zu diesem Haushalt schließe unmittelbar die Vorbereitung für das Jahr 2012 sowie die Umsetzung des Bürgerhaushaltes an. Mit der Verabschiedung des Haushaltes im Oktober werde daher für den Haushalt 2012 und die folgenden Jahre die Daueraufgabe vorprogrammiert, diesen Kurs des Sparens, des Aufgabenabbaus und der Standardreduzierung fortzusetzen. Zusammenfassend könne er daher feststellen, dass in diesem Haushalt alle Akzente berücksichtigt sind und dieser ausgewogene Sparvorschläge enthalte. Zudem habe durch die längere Verfahrensdauer die Möglichkeit bestanden, noch erforderliche Nachjustierungen vorzunehmen und positive Verbesserungen einzuarbeiten. Die Verwaltung sei auf mögliche Risiken vorbereitet, wobei allerdings offen bleiben müsse, wann diese haushaltswirksam würden. Was die umstrittene Erhöhung der Gewerbesteuer betreffe, sei die Verwaltung der Auffassung, dass dieser auch eine Leistung für die Wirtschaft gegenüberstehe und die gegenseitigen Interessen gewahrt werden. Hier dürften die Investitionen für die Sanierung von Schulen oder in Weiterbildungseinrichtungen nicht unerwähnt bleiben, welche auch der lokalen Wirtschaft zugute kämen.

Ratsmitglied Möring versichert, dass seine Fraktion die erheblichen Anstrengungen der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung nicht verkenne. Zudem habe man durch die Mitwirkung an früheren Haushaltsentscheidungen einen wesentlichen Anteil an den heutigen Strukturen

der Ausgaben und Einnahmen. Diese Ausgaben seien deshalb beschlossen worden, weil sie als notwendig und sinnvoll angesehen wurden. Leider gebe dieser Haushaltsplanentwurf nur noch sehr wenig von den Anstrengungen zum Aufgabenabbau und der Personalkostenreduzierung wieder. Vorgeschlagen werde lediglich ein jährlicher Personalabbau in Höhe von einem Prozent. Insofern müsse in dem gesamten Bereich erheblich mehr getan werden. Aus diesem Grunde werde in dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion dieser Bereich auch stärker betont und eine Stelleneinsparung von jährlich 200 Stellen in den Jahren 2011 bis 2014 sowie eine Wiederbesetzungssperre von 24 Monaten vorgeschlagen. Es bestehe kein Dissens darüber in welchen Bereichen diese Stellen eingespart werden sollen. Im Ergebnis gehe er davon aus, dass ein derartiges Einsparvolumen durch die Stadt Köln zu verkraften sei. Zugleich erzwingt das Volumen dieses Abbaus Geschäftsoptimierungsvorgänge und eine Aufgabenkritik. Was die Rücknahme von Kürzungen betrifft, so könne er feststellen, dass es hier eine teilweise Übereinstimmung mit den Vorstellungen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken gebe. Trotzdem sei man nicht in der Lage diesen Änderungen zuzustimmen, weil die Art der Finanzierung falsch sei. Dies ergebe sich aus den bestehenden Unsicherheiten und der Tatsache, dass das Gewicht auf eine Reduzierung der Kosten und die Aufgabenkritik gelegt werden müsse. Nur so ließen sich die Spielräume für notwendige Ausgaben eröffnen. Unabhängig vom Jahr 2011 in dem der geringste Abstand zur Quote über die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage zu erwarten sei, bestehe auch in den Folgejahren eine massive Unterfinanzierung mit Eingriffen in diese Rücklage. Um die Rücknahme von Kürzungen z.B. bei den freien Trägern, im Teilplan Soziales und Senioren, in der freien Kulturszene sowie der Straßenunterhaltung in dem besonders kritischen Jahr 2011 finanzieren zu können, habe seine Fraktion vorgeschlagen, die städtischen Anteile an der Grubo an die GAG zu veräußern. Die GAG sei in der Lage diese Mittel aufzubringen und dem Haushalt zur Verfügung zu stellen. Damit entledge sich die Stadt Köln nicht ihrer Einflussmöglichkeiten auf die Wohnungspolitik. Die vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuer belaste die Wirtschaft und entziehe den Unternehmen die Finanzkraft sowie die Möglichkeit zu Investitionen. Umso unverständlicher sei, dass im Bereich Wirtschaftsförderung und Stadtplanung Kürzungen von ca. 1,5 Mio. Euro vorgenommen werden sollen. Diese müssten ebenfalls zurückgenommen werden. Es bestehe Konsens darüber, die vorgeschlagenen Kürzungen im Bereich Straßenunterhaltung abzumildern. Hier gehe seine Fraktion mit einer Verbesserung von 6 Mio. Euro über den Vorschlag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hinaus. Darüber hinaus befürworte seine Fraktion Verbesserungen im Schuletat, die Finanzierung der Lehrerstelle Waldschule, diverse Umfinanzierungen im Sportbereich und als weiteren Schwerpunkt die Verbesserungen des Verkehrsflusses im Rahmen eines Antistauprogramms. Ein letztes erhebliches Einsparpotential eröffne die Übertragung der ZVK auf die Rheinische Versorgungskasse. In der Summe könne durch die Einsparvorschläge seiner Fraktion und den einmaligen Erlös aus dem Verkauf der Anteile an der Grubo das Jahr 2011 gut überwunden werden. In der Folge sei von einem Greifen der strukturellen Verbesserungen auszugehen, so dass die notwendigen Aufgaben seitens der Stadt Köln weiter erfüllt werden könnten.

Der Ausschussvorsitzende geht auf die Anmerkungen von Ratsmitglied Breite ein und verdeutlicht nochmals die Höhe des Eigenkapitalverzehr bis zum Jahr 2014 und die damit verbundene Notwendigkeit einer Erhöhung der Gewerbesteuer. Dass die Wirtschaft eine Erhöhung befürworte, sei in der Praxis nicht zu erwarten. Auch dem Rat falle diese Entscheidung nicht leicht. Aus den moderaten Reaktionen der Wirtschaft lasse sich aber erkennen, dass man sich der Notwendigkeit einer sozialen Balance und eines Beitrages aller Beteiligten bewusst sei.

In diesem Kontext müsse er aber nochmals auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion eingehen. Hier fehle neben einer Absetzung der vorgesehenen Erhöhung mit einem Volumen von rd. 40 Mio. Euro auch der Nachweis zur Refinanzierung dieser Summe.

Was den verminderten Betriebskostenzuschuss der Bühnen betreffe, halte er diesen Einsparvorschlag für gerechtfertigt. In der nunmehr vorliegenden Situation sei es nicht zu beanstanden, dass auch dieser – bisher von Kürzungen verschonte - Bereich einen Beitrag leiste. Die jetzige Kürzungsquote betrage etwa 2,5 Prozent und sei gegenüber vielen anderen Betroffenen mehr als angemessen.

Ratsmitglied Ludwig ist der Auffassung, dass der Aufgabenzuwachs bei den Kommunen nur durch eine Steigerung der Einnahmen zu bewältigen ist. Der Vorschlag der CDU-Fraktion nach einem verstärkten Personalabbau sei sozial unverträglich, da die freiwerdenden Stellen für nachfolgende Generationen nicht mehr zur Verfügung ständen. Dies wiederum schaffe neue Probleme und Folgekosten für die Stadt Köln im Sozialbereich. Seine Fraktion lehne daher jeglichen Personalabbau ab.

Ratsmitglied Henk-Hollstein teilt mit, dass der Verzicht auf die Gewerbesteuererhöhung durch die Finanzierungsvorschläge im Änderungsantrag kompensiert werde.

Für Ratsmitglied Böllinger ist diese Rechnung nicht nachvollziehbar, da der Antrag zusätzliche Mehraufwendungen von rd. 20 Mio. Euro enthalte. Ferner ende die Gewerbesteuererhöhung nicht im Jahr 2011, sondern umfasse auch die folgenden Jahre. Bis 2014 wirke sich diese Erhöhung mit einem Volumen von rd. 230 Mio. Euro aus.

Ratsmitglied Frank hält die Einsparliste der CDU-Fraktion für wirtschaftlich und sozial nicht seriös, da hiermit die bestehende Situation verschärft werde. Zudem stelle die Veräußerung der Gruboanteile einen Vermögensverzehr dar. Was die Erhöhung der Gewerbesteuer betreffe, so werde die Situation etwas einseitig dargestellt. Dies hänge damit zusammen, dass inzwischen auch Verständnis für die Stadt Köln aufgebracht werde und eine Reihe von Branchen die wirtschaftliche Attraktivität einer Stadt nicht alleine an der Höhe des Hebesatzes, sondern auch an der bestehenden Infrastruktur, dem Kulturangebot oder den Bildungseinrichtungen messe.

Ratsmitglied Breite interpretiert die Aussagen der Wirtschaft zu der Steuererhöhung etwas anders.

Ratsmitglied Henk-Hollstein schließt sich dieser Feststellung an. Abschließend stellt sie dar, dass die Gewerbesteuererhöhung unnötig ist, da ein Betrag von 20 Mio. Euro für die Abwendung eines Haushaltssicherungskonzeptes auskömmlich sei. Zudem wurde der Mehrertrag durch den Verkauf der Anteile an der Grubo vorsichtig geschätzt. Hier gebe es noch einen zusätzlichen Puffer.

Stadtdirektor Kahlen greift den Finanzierungsvorschlag der CDU-Fraktion auf. Hier halte er die unter Ziffer 3 aufgeführte Summe von 50 Mio. Euro für nicht realistisch. Dies gelte sowohl für die zusätzlichen 50 Stellen als auch für die Wiederbesetzungssperre. Hier seien bereits die Vorschläge der Verwaltung als sehr ambitioniert anzusehen und gingen bis an die Grenze der Funktionsfähigkeit. Ähnliches gelte für die ZVK, da es sich hier im Vergleich mit der Rheinischen Zusatzversorgungskasse um ein gänzlich anders finanziertes System handle. Die Auswirkungen eines Verkaufes der Gruboanteile müssten noch einer abschließenden Bewertung unterzogen werden. Zusammenfassend entsprächen die Finanzierungsvorschläge nicht den Anforderungen an einen Haushalt.

Nach der Aussprache über den Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 geht der Ausschussvorsitzende nochmals auf die einzelnen Beschlussvorlagen zu diesem Tagesordnungspunkt ein. Ergänzend zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gebe es insgesamt sechs Änderungsanträge und zwar einen der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Die Linke.Köln, drei konkret auf die Jahre 2010 und 2011 bezogene Anträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie einen mündlichen Änderungsantrag der FDP-Fraktionen betreffend Erhöhung der Gewerbesteuer. In Form von Tischvorlagen gebe es zudem eine Anlage mit weiteren Beschlussvorschlägen der Verwaltung für die Hpl.-Beratungen und das Freigabeverfahren bei investiven Auszahlungen sowie die Beschlussempfehlungen des Jugendhilfeausschusses.

Zunächst stellt der Ausschussvorsitzende den Änderungsantrag der CDU-Fraktionen zur Abstimmung:

**Der Finanzausschuss lehnt** mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion den „ Änderungsantrag der CDU-Fraktion“ **ab**.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende den „Änderungsantrag der Fraktion die Linke.Köln“ zur Abstimmung.

**Der Finanzausschuss lehnt** den „Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln“ einstimmig **ab**.

Im Folgenden ruft der Ausschussvorsitzende den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsjahr 2010 auf.

**Der Finanzausschuss beschließt** mehrheitlich gegen die Stimme der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion den „gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsjahr 2010“.

Dann stellt der Ausschussvorsitzende den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für das Haushaltsjahr 2011 zur Abstimmung.

**Der Finanzausschuss beschließt** mehrheitlich gegen die Stimme der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion den „gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsjahr 2011“.

Anschließend stellt der Ausschussvorsitzende den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für das Haushaltsjahr 2011/Kulturförderabgabe zur Abstimmung.

**Der Finanzausschuss beschließt** mehrheitlich gegen die Stimme der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion den „gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsjahr 2011/Kulturförderabgabe“.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende den mündlichen „Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 27.09.2010 zur Haushaltssatzung 2010/2011“ zur Abstimmung.

**Der Finanzausschuss lehnt** den „Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 27.09.2010 zur Haushaltssatzung 2010/2011“ einstimmig **ab**.

Zum Abschluss lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2010/2011 gem. dem Entwurf der Verwaltung unter Berücksichtigung der vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat ferner die Annahme folgenden Beschlusentwurfes:

Unterjährig auftretende Verbesserungen dürfen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden. Sie sind – sofern sie nicht zur Deckung von Mehrausgaben nach § 82 GO dienen – zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, dem Schuldenabbau oder zur Substanzunterhaltung zu verwenden.

Die dargestellten Maßnahmen zum Aufgaben- und Standardabbau und zur Personalbewirtschaftung sind umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion

Der Finanzausschuss fasst nachfolgend zum Haushalt 2010/2011 die folgenden Beschlüsse:

### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss **lehnt** die im Rahmen des Anhörungsverfahrens gem. § 37 Abs. 4 GO NRW vorgebrachten Änderungsvorschläge der Bezirksvertretungen, soweit sie nicht in die Veränderungsnachweise übernommen wurden, unter Berücksichtigung der im Finanzausschuss beschlossenen Änderungen **ab**.

Der Finanzausschuss ermächtigt die Verwaltung, die beschlossenen Änderungen der Fraktionen zum Hpl.-Entwurf 2010/2011 in formaler Hinsicht zu korrigieren, sofern dies aus haushaltsrechtlichen Gründen erforderlich sein sollte (z.B. Teilplan, falsche Teilplanzeile).

Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass die „Zuständigkeitsregelung bei Freigaben von investiven Auszahlungen“ (s. Anlage) für 2010/2011 gegenüber dem Vorjahr unverändert weiter gilt mit folgender Maßgabe:

a) Anpassung bzw. Ergänzung der als Fortführungsmaßnahmen geltenden Auszahlungen und Programme:

- Zahlungen für den Bau von Sinkkästen, **Regenwasserkanälen, Regenwasserpumpwerken und Sickergruben** im Zusammenhang mit Kanalerneuerungsmaßnahmen der StEB bzw. im Rahmen der Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht
- **Nachlassabwicklung.**

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion

### **Anmerkung:**

Der Text der Zuständigkeitsregelung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage 1.).

## **9 Stellenpläne**

### **9.1 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2010/2011 2010/2011 2010/2011**

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2010/2011 des Gürzenich-Orchesters Köln zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## **9.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2010/ 2011 2995/2010**

### **Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln 2010/2011, Vorlage-Nr. 2995/2010 AN/1786/2010**

Ratsmitglied Frank erläutert den vorliegenden Änderungsantrag.

#### **Beschluss:**

Die vorliegende Fassung des Stellenplans der Bühnen der Stadt Köln wird als Anlage zum Haushaltsplan 2010/2011 beschlossen.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt:

- a) Die aus dem verlängerten Interim der Bühnen folgenden Aufwendungen und ihre Finanzierung im Rahmen eines aktualisierten Wirtschaftsplans 2010/2011 darzustellen.
- b) die aus den Beschlüssen des Finanzausschusses zum Hpl 2010/2011 und der Interim-Planung folgenden Änderungen für den Stellenplan (Mehr- und Wenigerstellen, Neubewertungen) darzustellen.
- c) Den so geänderten Stellenplan den zuständigen Ausschüssen zur Beratung und erforderlichen Beschlussfassung vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss gemäß Änderungsantrag:**

Die vorliegende Fassung des Stellenplans der Bühnen der Stadt Köln wird als Anlage zum Haushaltsplan 2010/2011 beschlossen.

Die Besetzung der 16 befristeten Mehrstellen (15 VA- Stellen VC Fg. 1A und eine Stelle Techn. Ang. VB/ IVB/ IVA Fg. 1/1/1C + TZ, aufgeführt in Anlage 6 der Vorlage) für die Interimszeit darf erst erfolgen, wenn die Finanzierung dieser Stellen gesichert ist.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt:

- a) Die aus dem verlängerten Interim der Bühnen folgenden Aufwendungen und ihre Finanzierung im Rahmen eines aktualisierten Wirtschaftsplans 2010/2011 darzustellen.
- b) die aus den Beschlüssen des Finanzausschusses zum Hpl 2010/2011 und der Interim-Planung folgenden Änderungen für den Stellenplan (Mehr- und Wenigerstellen, Neubewertungen) darzustellen.
- c) Den so geänderten Stellenplan den zuständigen Ausschüssen zur Beratung und erforderlichen Beschlussfassung vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**9.3 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Jahr 2010/2011  
0548/2010**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Stellenplanübersicht der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln einschließlich der für diesen Bereich im Stellenplan der Stadt Köln geführten Stellen für Beamtinnen und Beamte zu.

**Abstimmungsergebnis:**

vorbehaltlich der Zustimmung durch den Betriebsausschuss einstimmig zugestimmt

**9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2010 und 2011  
3697/2010**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2010/11 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**9.5 Stellenplan für die Jahre 2010 / 2011  
3158/2010**

**Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
betr. Stellenplan 2010/2011, Vorlage-Nr. 3158/2010  
AN/1787/2010**

**Beschluss:**

1. Der Rat beschließt den Stellenplan 2010/2011 in der vorliegenden Fassung als Anlage zum Haushaltsplan 2010/ 2011.
2. Darüber hinaus wird die Verwaltung wird beauftragt,
  - a) den Stellenplan auf Basis der Beschlüsse des Finanzausschusses am 27.09.2010 zum Hpl 2010/2011 einschließlich der beschlossenen Aufgabenabbau-Maßnahmen (Task Force) fortzuschreiben. Der Finanzausschuss und der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales werden laufend über die Ergebnisse unterrichtet; erforderliche Ausschussbeschlüsse werden zum frühestmöglichen Zeitpunkt eingeholt.
  - b) die fehlende Refinanzierung von Mehrstellen weiter abzubauen,
  - c) auf dieser Basis die Verbesserungen für den Haushalt 2012 ff aktualisiert darzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion

## **Beschluss gemäß Änderungsantrag:**

1. Der Rat beschließt den Stellenplan 2010/2011 in der vorliegenden Fassung als Anlage zum Haushaltsplan 2010/ 2011.

Auf der Grundlage bestehender Ratsbeschlüsse bzw. gesetzlicher Vorgaben ergeben sich für die Jahre 2010 und 2011 im Saldo 217 Mehrstellen. Für beide Jahre sind 482,12 Stellen zusätzlich erforderlich. Hiervon entfallen

- 272,43 (= rd. 57 %) Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben,
- 14,50 (= rd. 3 %) Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und
- 195,19 (= rd. 40%) Stellen auf die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben.

Demgegenüber werden 225,76 Stellen abgesetzt. Darin sind die Ergebnisse der „Task-Force“ noch nicht enthalten. Daher wird zum nächsten Stellenplan 2012 ein weiterer Stellenabbau im aktuell vorgesehenen Umfang von ca. 182 Stellen berücksichtigt bzw. vollzogen. Insgesamt sind deshalb 35 Mehrstellen zu erwarten.

Von den 482,12 Mehrstellen sind

- 192,52 Stellen (= rd. 40 %) in vollem Umfang refinanziert,
- 192,18 Stellen (= rd. 40 %) teilweise refinanziert und
- 97,42 Stellen (= rd. 20 %) nicht refinanziert.

Die Mehrstellen unterliegen den vom Rat zur Haushaltsumsetzung beschlossenen Restriktionen einschließlich einer stringenten aufgabenbezogenen Bewirtschaftung analog dem bei den vorhandenen Stellen praktizierten Verfahren.

2. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt,

- d) den Stellenplan auf Basis der Beschlüsse des Finanzausschusses am 27.09.2010 zum Hpl 2010/2011 einschließlich der beschlossenen Aufgabenabbau-Maßnahmen (Task Force) fortzuschreiben. Der Finanzausschuss und der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales werden laufend über die Ergebnisse unterrichtet; erforderliche Ausschussbeschlüsse werden zum frühestmöglichen Zeitpunkt eingeholt.
- e) die fehlende Refinanzierung von Mehrstellen weiter abzubauen,
- f) auf dieser Basis die Verbesserungen für den Haushalt 2012 ff aktualisiert darzustellen.

## **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion

## **10 Mündliche Anfragen**

mündliche Anfragen wurden nicht gestellt

.....  
*Börschel*  
*Ausschussvorsitzender*

.....  
*Rausch*  
*Schrifführer*